

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Plots- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin 514, Inselstraße 8 a. Postcheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin 514, Inselstraße 8 a).

NUMMER 29 B

BERLIN • Donnerstag, den 4. Februar 1932

1. JAHRGANG

Zum spanischen Kulturkampf.

Ausnahmegesetze.

Von Grete Hermann.

Durch ein Dekret der spanischen Regierung vom 24. Januar 1932 ist der Jesuitenorden in Spanien aufgelöst worden.

In diesem Land, dessen Bevölkerung zum größten Teil katholisch ist, in dem die katholische Kirche seit Jahrhunderten fast unangefochten ihre Herrschaft ausgeübt hat, nimmt die junge Republik zu all den übrigen Abwehr- und Abbaumaßnahmen, die sie zu treffen hat, den Kulturkampf hinzu.

Er hat sie schon manche heiße Stunde gekostet. Im Oktober 1931, als die sogenannten „Kirchenkampf-Paragrafen“ des Verfassungsentwurfs mit überwältigender Mehrheit angenommen wurden, da wurde dieser Sieg mit einer Regierungskrise erkaufte. Der Ministerpräsident ZAMORA weigerte sich, die Verantwortung für die neue Verfassung zu übernehmen. Er trat zurück; das Kabinett zerfiel. ZAMORA lehnte es ab, *Ausnahmegesetzen* zuzustimmen.

Die Opposition eines so angesehenen Republikaners wie ZAMORA und die Gegenwehr der katholischen Kirche haben deutliche Spuren hinterlassen. Das jetzt vorliegende Dekret, das Ausführungsbestimmungen zu den Beschlüssen der Verfassung bringt, kommt der Kirche so weit entgegen, wie das im Rahmen der Verfassung überhaupt möglich ist: Die Jesuiten dürfen als Privatpersonen im Lande bleiben; ihre Kultgeräte und Kirchen werden den katholischen Bischöfen übergeben; die lange Frist zwischen der Annahme der Paragraphen und dem Beginn ihrer Durchführung hat es dem Orden aller Wahrscheinlichkeit nach ermöglicht, erhebliche Teile seines bedrohten Vermögens in Sicherheit zu bringen.

Trotzdem bedeutet das Dekret zum Glück immer noch einen scharfen Eingriff in die Bewegungsfreiheit der Kirche: Jede Ordensstätigkeit der Jesuiten, sogar ihr Zusammenleben in der Gemeinschaft des Ordens, ist gesetzlich verboten; ihr Ordensvermögen — so weit es noch da ist — wird eingezogen. Es wäre Torheit, zu erwarten, daß dieser Schlag widerstandslos hingenommen würde.

Daß die Kirche zum Kampf rüstet, ist selbstverständlich. Stärkere Beachtung verdient die Tatsache, daß sie in diesem Kampf Duldung, wenn nicht gar Unterstützung findet bei den Verteidigern der Geistesfreiheit, die unter den Parolen fechten: „Gegen Ausnahmegesetze!“ „Für Kultus- und Gewissensfreiheit!“

Es sind die gleichen Parolen, die auch unter Sozialisten den Kampfwillen gegen geistige Unterdrückung von jeher gelähmt und der Kirche den Weg freigegeben haben. Ein Sozialist und Freund der Freiheit hat schon 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt bei den berühmten Debatten über die Unabhängigkeit von Staat und Kirche den Vertretern der Kirche entgegengeschmettert: „Die Demokratie ist großmütig, sie ist gerecht, sie verlangt volle Freiheit für jedermann. Die Demokratie trägt nicht nach, sonst würde sie sich sehr gut daran erinnern, daß eure geistigen Väter es waren, welche unsere geistigen Väter in Deutschland und überall verfolgt und verbrannten. . . . Die Generation, die von jenen Männern gelernt hat, gibt euch jetzt die Freiheit! . . . Wir müssen die Freiheit jedermann gewähren, auch den Jesuiten!“

Die Tugenden der Gerechtigkeit und der Großmut scheinen verletzt, wenn der Staat diktatorisch gegen die Kirche vorgeht. Wo bleibt — so fürchten die Anhänger der Toleranz — die Gleichheit aller vor dem Gesetz, wenn die religiösen Gemeinschaften „nicht die gleichen staatsbürgerlichen Rechte in der demokratischen Republik haben wie andere juristische und natürliche Personen“?

Verletzung der Gleichheit! Ausnahmegesetz! Was heißt das? Gewiß nicht, daß ein Bürger im Staat anders behandelt wird als ein anderer. Niemand wird es als Ausnahmegesetz ansehen, wenn das Gesetz Verbrecher und anständige Menschen verschieden behandelt. Niemand wird verlangen, daß Kindern und Erwachsenen in allen Dingen die gleichen Rechte eingeräumt werden. Niemand wird daran Anstoß nehmen, daß gewisse Berechtigungen, z. B. die ein Auto zu führen, nicht einfach jedem gewährt, sondern an Bedingungen geknüpft werden. Eins werden wir allerdings fordern: daß ein

75000 ausgesperrt.

s Kopenhagen, 2. Februar.

Der dänische Arbeitgeberverband hat am Dienstag in einer Generalversammlung die Aussperrung von etwa 75 000 Arbeitern zum 12. Februar beschlossen. Von dieser Maßnahme werden alle organisierten Arbeiter u. a. der Eisen-, Metall-, Zement-, Ziegel- und Papierindustrie betroffen. Die Arbeitgeber wollen eine Lohn- und Gehaltsherabsetzung von 10 bis 20 Prozent durchsetzen. Der staatliche Schiedsrichter wird wahrscheinlich bereits am Mittwoch eingreifen.

830000 Arbeitslose in USA.

f Washington, 2. Februar.

Im Kongreß begannen am Montag die Beratungen über die Frage, ob den amerikanischen Arbeitslosen staatliche Unterstützung gewährt werden soll.

Im Arbeitsausschuß teilte der Vertreter der amerikanischen Arbeitergewerkschaft mit, daß die Vereinigten Staaten zur Zeit 8 300 000 Arbeitslose hätten.

Weitere Kündigungen im Ruhrbergbau.

Seit Januar 1930 41,8 Prozent abgebaut!

Zum 15. Februar sind wieder Kündigungen im Ruhrkohlenbergbau vorgesehen. Bis Anfang dieses Jahres betrug der Abbau 160 000 Mann = 41,8 Prozent der Zechenbelegschaft des Ruhrgebiets im Januar 1930.

R. W.

Der China-Japan-Konflikt.

In Nanking.

Zur größten Ueberraschung der chinesischen Behörden erschienen am Dienstag früh japanische Marineoffiziere im Außenministerium in Nanking und erhoben Protest gegen die Beschießung der japanischen Kriegsschiffe vor Nanking. Der japanische Konsul in Nanking hat auf Befehl aus Tokio hin Nanking verlassen. (Nach den Erfahrungen der verfloßenen Monate bedeutet das den Auftakt zu einem weiteren Vorrücken der Japaner. Die Red.)

Um Charbin.

Japanische Truppen sind am Dienstag in Charbin eingerückt. Der russische Botschafter in Tokio protestierte gegen diese Besetzung. Kusnezchow, der stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats der Chinesischen Ostbahn, hat den Antrag des japanischen Oberkommandos in der Mandschurei abgelehnt, die sowjetrussischen Beamten aufzufordern, die japanischen Truppentransporte nicht zu verhindern. (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Der Luxus in der Not.

3 Millionen jährlich den Fürsten.

h Berlin, 2. Februar.

Im Rechtsausschuß des Reichstages gab ein Vertreter des Reichsinnenministeriums folgenden Ueberblick über die gegenwärtigen finanziellen Leistungen der Länder an die ehemaligen Fürstenhäuser. Es zahlen jährlich:

Preußen	2 800 000 M	Pensionen an frühere Hofbeamte;
Württemberg	120 000 M	Renten an Mitglieder
Mecklenburg-Schwerin	100 500 M	der ehemaligen Fürsten-
Schwarzburg-Rudolstadt	124 300 M	häuser.

Außerdem zahlt Sachsen eine laufende Fürstenrente und Braunschweig Pensionen an 24 ehemalige Hofbeamte. Die Höhe dieser Leistungen ist nicht gemeldet worden. Die in ihrer Höhe mitgeteilten Leistungen betragen insgesamt rund 3,1 Millionen Mark jährlich.

Auch hier liegt eine Einheitsfront-Aufgabe für die Arbeiterschaft: die Streichung dieser Millionen-Leistungen zu erzwingen; eine Aufgabe, die bei der heute verschärften Not wohl auf mehr Verständnis stoßen würde als 1926.

100000 Mark für das Stuttgarter Schloß.

s Stuttgart, 2. Februar.

Der Reichspräsident hat für den Wiederaufbau des alten Schlosses in Stuttgart 100 000 M aus seinem Verfügungsfonds bewilligt. Die Spende ist erfolgt, da es sich bei dem alten Schloß um ein historisches Baudenkmal handelt, dessen Zerstörung ein Verlust des ganzen deutschen Volkes ist. Außerdem wird schon bei den Vorarbeiten für den Wiederaufbau zahllosen (?) Erwerbslosen Arbeitsmöglichkeit geboten.

Die Begründung verrät deutlich ein Rechtfertigungsbedürfnis, aber die Rechtfertigung gelingt schlecht: Millionen deutscher Proletarier, die das Stuttgarter Schloß nie sahen und nie sehen werden, sind von jenem Verlust „des ganzen deutschen Volkes“ nicht betroffen. Sie haben andere, furchtbare Sorgen und andere, furchtbare Verluste.

Grund vorliegt, warum der eine anders behandelt wird als der andere, und daß dieser Grund nicht an den Haaren herbeigezogen, sondern vernünftig ist und sich einsehen läßt.

Für das Verbot des Jesuitenordens nennt die spanische Regierung einen Grund: das vierte Gelübde der Jesuiten, dem gemäß sie sich, über ihre geistigen Gelübde hinaus, dazu verpflichten, einer fremden Autorität (dem Papst) Gefolgschaft zu leisten.

Die Frage, ob das Verbot der Jesuiten auf einem Ausnahmegesetz beruht, ist durch diese Begründung formal-juristisch allerdings noch nicht entschieden. Dafür wäre eine genaue Kenntnis des Verfassungstextes erforderlich. Die Auszüge aus der spanischen Verfassung, die in deutschen Zeitungen wiedergegeben worden sind, lassen erwarten, daß der Text in dieser Hinsicht nicht einwandfrei ist. Das ist verhängnisvoll in einem Kampf wie dem vorliegenden, in dem der Staat einen Gegner vor sich hat, der jede solche Lücke für sich zu nutzen versteht. Für die gerechte Beurteilung des Verbots, auf die es uns hier allein ankommt, sind solche Mängel aber nicht entscheidend. Mag es auch dem Wortlaut nach nicht gelungen sein, das für ein allgemeines

Gesetz ausschlaggebende Merkmal exakt herauszustellen und damit anzugeben, warum unter allen Organisationen gerade der Jesuitenorden aufgelöst zu werden verdient, der klare Hinweis auf das Gelübde, durch das dieser Orden sich vor allen anderen kirchlichen Orden auszeichnet, zeigt eindeutig, worauf es in diesem Teil der spanischen Verfassung ankommt.

Die Jesuiten verpflichten sich dem Papst zu *unbedingtem* Gehorsam. Damit unterwerfen sie sich bedingungslos einer Autorität, auf die die spanische Republik keinen Einfluß hat; sie verpflichten sich, im Fall eines Konflikts zwischen den Anordnungen des Papstes und den Gesetzen des Staates die Staatsgesetze zu brechen. Auf diese Mißachtung seiner Gesetze antwortet der spanische Staat mit der Auflösung des Jesuitenordens.

Ein Staat, der seine eigene Aufgabe nicht völlig aus den Augen verloren hat, kann in der Tat an solchen Verpflichtungen nicht achtlos vorbeigehen, ohne sich selber aufzugeben. Ihm liegt es ob, das Recht zu schützen; diese Aufgabe verlangt von ihm, daß er sich jeder Kritik öffnet, die seine Gesetze auf ihre Rechtmäßigkeit hin prüft, ebenso sehr aber, daß er fest und unerbittlich alle Bestrebungen abwehrt, die darauf ab-

zielen, seine Bürger den Vorschriften einer angeblich unfehlbaren Autorität zu unterwerfen. Das jesuitische Gelübde ist der feierliche Ausdruck für den Anspruch der katholischen Kirche, in allen Fragen des öffentlichen und privaten Lebens das höchste Richteramt auszuüben, dem gegenüber keine Kritik und keine Berufung zulässig ist. Auf Grund dieses Anspruchs verschließt sich die katholische Kirche von vornherein jeder vorurteilslosen Erörterung rechtlicher Fragen: Sie verlangt, ohne Prüfung gehört und anerkannt zu werden. In Wahrheit verliert sie durch diese Anmaßung jedes Recht darauf, daß der Staat bei der Prüfung rechtlicher Fragen überhaupt auf sie hört. Daran ändert auch ihre Berufung auf den Willen Gottes nichts, der angeblich hinter den Verfügungen der kirchlichen Obrigkeit steht, schon aus dem einen Grund nicht, weil diese Berufung nur dank desselben Autoritätsglaubens anerkannt werden könnte, den sie selber erst rechtfertigen sollte.

Zu welcher knechtischen Unterwerfung dieser Autoritätsglaube einen Menschen nötigt, welche Opfer er von ihm verlangt, dafür einige Aussprüche von IGNATIUS VON LOYOLA, dem Gründer des Jesuitenordens:

„Wer die rückhaltlose Hingabe seiner selbst zu leisten sich entschlossen hat, der muß zum Willen auch noch seine Einsicht opfern. . . Da heißt es nicht nur einen Willen mit dem Oben haben, sondern auch dieselbe Auffassung, mit andern Worten: sein eigenes Urteil dem des Oben unterwerfen — soweit ein eifriger Wille den Verstand für etwas geneigt machen kann.“

„Wir müssen, um in allem sicher zu gehen, immer festhalten: dasjenige, was unseren Augen weiß erscheint, sei schwarz, sobald die hierarchische Kirche dies so entscheidet.“

In entscheidenden Fragen, wo das Recht und die Wahrheit auf dem Spiel steht, wird der Jesuit nach den Worten seines Meisters also bereit sein, die eigene Erkenntnis zu verleugnen, der eigenen Einsicht entgegenzuhandeln. Dazu hat er sich feierlich verpflichtet. Sein Gelübde des „Opfers des Verstandes“ enthält insofern nicht nur die öffentliche Mißachtung positiver Staatsgesetze; sie enthält unmittelbar die öffentliche Mißachtung des Rechts und der Wahrheit.

Trotzdem würde selbst durch das Verächtliche dieser Haltung ein staatliches Verbot des Jesuitenordens noch nicht gerechtfertigt werden, solange diese Mißachtung eine bloße, wenn auch öffentlich vertretene, Sache der Gesinnung bliebe. Das Gelübde des Ordens geht aber weiter. Es ist kein Glaubensbekenntnis, sondern die Bereitstellung aller zur Verfügung stehenden Mittel zum Kampf um die Weltherrschaft der Kirche, und das heißt, zur Unterwerfung aller Menschen unter ihre Hoheitsansprüche.

Mündige Menschen werden sich kaum in Freiheit dazu entschließen ihre Freiheit diesen Ansprüchen zu opfern. Aber wo gibt es in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft mündige Menschen? Die wirtschaftliche Abhängigkeit, der Einfluß von Schule und Kirche dazu beigetragen, daß das Interesse an geistiger Freiheit sich überhaupt nur schwer regt und großer Opfer nicht fähig ist. Das sichert der Kirche ihre leichten Erfolge, die sie durch Predigt, Unterricht und Almosen erringt — vor allem bei der Jugend, die sich solchen Manövern nicht entziehen kann: „Wo ist für Christus und seine Kirche mehr zu erwarten als bei der Jugend!“

Die spanischen Jesuiten haben eine Broschüre herausgegeben, die über ihr Wirken Rechenschaft ablegt. Obenan steht der Bericht über die zahlreichen Schulen,

Tages-, Abends- und Sonntagsschulen, Berufs- und Elementarschulen, die von Jesuiten geleitet werden und in denen Tausende von Kindern und Arbeitern unentgeltlich Unterricht erhalten.

Diese Schrift ist als Verteidigungsschrift der Jesuiten gedacht. In Wahrheit enthält sie die schärfste Verurteilung ihrer Tätigkeit, die es geben kann. Es wäre für die Schüler dieser jesuitischen Anstalten besser gewesen, in natürlicher Wildheit aufzuwachsen, als die an sich nützlichen Kenntnisse und Fertigkeiten aufzunehmen, die ihnen hier geboten wurden — um den

(Fortsetzung von 1. Seite.)
hindern. Das japanische Oberkommando hat die Regierung in Tokio um Vollmacht gebeten, die Chinesische Ostbahn zu besetzen.

Am Dienstag hielt MOLOTOV eine neue Rede über die Politik der Sowjetunion zur Erhaltung des Friedens.

Europa und Amerika.

Der Völkerbundsrat trat am Dienstag plötzlich unter dem Vorsitz TARDIEUS zusammen. Der englische Dominion-Minister THOMAS verlas stehend eine Erklärung, in der er mit Bezugnahme auf die Feindseligkeiten in Schanghai sagte: „Der Zustand eines Krieges ist damit praktisch eingetreten. Die englische Regierung hat am Montag den Regierungen in Tokio und Nanking folgende Forderungen gestellt: 1. Einstellung der Feindseligkeiten; 2. beiderseitige Zurückziehung der Truppen aus Schanghai; 3. Schutz der internationalen Konzession und Schaffung einer neutralen Zone in Schanghai; 4. sofortige Einleitung von Verhandlungen gemäß dem KELLOGG-Pakt und der Entschließung des Völkerbundsrats vom 9. Dezember.“

Die Regierungen von Frankreich, Italien und Deutschland haben ihre Vertreter in Tokio und Nanking zu entsprechenden Schritten veranlaßt. Ebenso hat STIMSON ähnliche Noten an Japan und China gesandt.

Die Haltung Tokios.

i Tokio, 2. Februar.

In japanischen Kreisen herrscht wegen der Entsendung von amerikanischen Truppen nach Schanghai große Erregung. Das Kriegsministerium billigt das Verhalten der japanischen Marine- und Militärbehörden in Schanghai.

j Tokio, 3. Februar

Nach der Ueberreichung der Bedingungen der Großmächte erklärte der japanische Außenminister, daß er einige Punkte sofort annehmen könne, während andere noch der Nachprüfung in Zusammenarbeit mit dem Marineminister und dem Ministerpräsidenten bedürften. Das japanische Kabinett hielt am Dienstag eine Sitzung ab.

Die Einheitsfront der angelsächsischen Mächte hat in Tokio Enttäuschung hervorgerufen.

k Paris, 3. Februar.

Die französische Nachrichtenagentur Indo-Pacifique meldet aus Schanghai, daß die japanische Regierung die Forderung der europäischen Großmächte und Amerikas auf Schaffung einer neutralen Zone endgültig abgelehnt habe.

Amerikanische und englische Stimmen.

h Washington, 3. Februar.

An-zuständiger Stelle wird zu der letzten in Tokio überreichten Note erklärt, daß sie kein Ultimatum darstelle, sondern ein Angebot guter Dienste auf Veranlassung Japans und Chinas.

Der Abgeordnete BLANTON (Texas) erhob am Montag im Abgeordnetenhause schärfsten Einspruch gegen die Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe und Militärstreitkräfte nach China.

Französische, italienische und portugiesische See- und Landstreitkräfte sind nach Schanghai unterwegs.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Pöckelreiter-Verlag, Berlin

(28. Fortsetzung.)

Albanien? Italien? Belgrad? Für die Masse nur Begriffe, die nicht ans Herz greifen. Aber trotzdem kriechen die Leidenschaften aus ihren Schächten hervor, vereinigen sich, prallen aufeinander. An jeder Straßenecke flammt jede Minute ein neues Gerücht auf, mit Windeseile wird es fortgerissen in den Blutlauf der Millionenstadt. Der Nüchternste wird phantasiereich. Einsicht wird rarer Artikel. Der Instinkt triumphiert. Aus dem Dickicht aufgewühlter Massen, die vor Stunden noch ihr Denken mit Arbeitslohn, Frau, Kindern und Brotsorgen ausfüllten, brechen erschreckte Stimmen. Alles wird geglaubt, übersteigert, durch Gassen geraunt, über Boulevards geschwemmt:

„Der Völkerbund ergreift gegen Italien Sanktionen!“ — „Die Flotte der Bundesmächte sammelt sich schon im Mittelmeer!“ — „Ein Italiener hat heute mittag die Genfer Ratsmitglieder in die Luft gesprengt!“ — „Südslawien macht mobil!“ — „Italienische Flieger bombardieren Belgrad!“ — „In Berlin haben Nationalisten die Regierung gestürzt und die Diktatur proklamiert!“ — „Capponi hat seine Kreuzer aus Albanien zurückgeholt!“ — „Die Regierung Saint Brice ist zer Sprengt! Léon Brandt übernimmt die Führung!“ — „Der ‚Helios‘ ist dicht vor der französischen Küste ins Meer gestürzt!“

Chaos ist Trumpf. Der Name „Léon Brandt“ schwirrt durch Paris. „L'Allemand!“ — brüllen die einen. Andere sprechen den Namen in tiefer Andacht aus. Brandt erlaubt keinen Krieg! — Hihi, mit Gold ist jeder zu bestechen! — Alles nur Börsenmanöver! Schieber wollen raffan! — Politische Gegner schlagen sich auf den Straßen die Zähne blutig. Die Internationale umbrandet das Außenministerium. Vom andern Seineufer schallt die Nationalhymne herüber.

Im Palais Bourbon, dem Sitz der Deputiertenkammer, nur hundert Schritt vom Ministerium entfernt, sind schon zahl-

reiche Parlamentarier zusammengeströmt; das alte Gebäude blickt mit verwitterten Augen über die Seine.

Saint Brice hat seit seinem Besuch im Palais de l'Élysée die Botschafter Amerikas, Japans und Englands empfangen. Alle überbrachten Warnungen, Vorschläge, sicherten ihre Mitarbeit am Frieden zu. Warum bleibt nur der deutsche Botschafter so lange aus . . . ?

Später Nachmittag. Trotzdem hat Saint Brice schon die Fenstervorhänge schließen lassen. Jetzt öffnet er sie spaltbreit. Er starrt auf die flutenden Menschenwogen, die den Quai und die Esplanade überspülen. Der Geruch erhitzten Fleisches scheint durch die Fensterritzen ins Zimmer zu strömen. Der Greis läßt die Vorhänge wieder zusammenfallen. Volksmassen haben ihn von jeher mit körperlichem Unbehagen erfüllt. Er hat sich nie auf den Rhythmus der Straße verstanden. Er ist ein Mensch kühler Stille und Einsamkeit. In seinem Wesen, das durch Generationen von einer alten Kultur vorbestimmt ist, ruht auch ein Funken von Menschenverachtung.

Das Telephon klingelt. Ab, vermutlich wird vom Vorzimmer der deutsche Botschafter gemeldet . . . Nein, Meldung vom Flughafen Le Bourget: Der ‚Helios‘ hat oben seine Position gefunkt, er befindet sich etwa zwölfhundert Kilometer westlich der Küste, also rund siebzehnhundert Kilometer von Paris. — Saint Brice rechnet; gegen drei Uhr, vier Uhr morgens kann Brandt landen . . .

Dr. Haindl, Deutschlands Botschafter, tritt ins Arbeitszimmer. Im Licht des grellen Deckenleuchters glitzern und funkeln die scharfgeschliffenen, uneingefaßten Brillengläser, der fast lippenlose Mund wirkt wie ein breiter Strich, die schmale, lange Nase mit hängender Spitze steht weit vor wie auf der Suche, immer auf Witterung eingestellt.

„Zunächst bitte ich Sie, überzeugt zu sein, Herr Botschafter, daß ich die deutschen Bemühungen um den Frieden im Verein mit den anderen Mächten dankbarst anerkenne“, beginnt Saint Brice das Gespräch.

Der Deutsche, ein Riese mit ausladenden Schultern, auf denen der Kopf entschieden zu klein wirkt, blickt von oben herunter durch seine schillernden Brillengläser, die den Blick seltsam zerfasern; ein Partner kann diesen Blick nicht recht als geschlossenen Strahl einfangen.

„Meine Regierung läßt erneut anraten, in Belgrad auf die Größe der Gefahr aufmerksam zu machen. Südslawien hat die

Preis ihrer Unverbogenheit und der Freiheit ihres Geistes.

Auf das Recht der Gewissensfreiheit haben sich die Verfechter der Toleranz zum Schutz der Kirche berufen. Die Aufgabe der spanischen Republik ist es, dieses Recht für diejenigen geltend zu machen, denen es durch die Kirche geraubt wird. Unter diesem Gesichtspunkt ist nur zweierlei an dem spanischen Regierungsdekret bedauernd: die Milde, mit der es den Beschluß der Verfassung durchführt, und die Beschränkung des Verbots auf den Jesuitenorden.

Zur Reichspräsidentenwahl.

1 München, 2. Februar.

Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz verkündet: Das moralische Recht und die innerpolitische Kraft, den deutschen Reichspräsidenten der nächsten sieben Jahre auf den Schild zu heben, habe allein die nationalsozialistische Freiheitsbewegung. Das sei die Meinung des deutschen Volkes, und dieser Stimme des Volkes werde die nationalsozialistische Bewegung Geltung verschaffen. Sie werde auch den Kampf in der politisch entscheidenden Stunde der Präsidentenwahl nicht scheuen, wenn das Interesse der Nation es erfordere.

Ob das Interesse der Nation den Kampf gegen HINDBURG erfordert, wird von der NS-Leitung noch geheimgehalten. Eine merkwürdige Zurückhaltung, wenn, wie die Korrespondenz weiter versichert, ein Ausgang des Kampfes zu Gunsten der NS keinem Zweifel unterliege.

Mit der Uneinigkeit des bisher zweistimmigen „Volkes“ auf Seiten der Bürger wachsen die Chancen für einen Einheitskandidaten der Arbeiterschaft. Wo bleibt die Initiative der großen Arbeiterorganisationen für ihn?

h Berlin, 2. Februar.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt am Dienstag nachmittag im Reichstag eine Sitzung ab, an der auch der preußische Ministerpräsident teilnahm. Wie man hört, beschloß der Fraktionsvorstand die Einberufung der Fraktion auf den 11. Februar. Die Fraktion wird dann zu den schwebenden Fragen Stellung nehmen.

Wann wird die Präsidentenfrage für die SPD zu schweben beginnen?

Chamberlain zur Reparationsfrage.

m London, 2. Februar.

CHAMBERLAIN berichtete heute im Unterhaus über die Bemühungen der englischen Regierung, zu einer endgültigen Regelung der Reparations- und Kriegsschuldenfrage zu kommen. Alle Versuche, unmittelbar zu einer Einigung zwischen den beteiligten Regierungen zu kommen, seien gescheitert; es sei daher am besten, alle weiteren Verhandlungen der für Mai oder Juni angesetzten Regierungskonferenz zu überlassen.

Zahlungseinstellung in Neusüdwales.

a Melbourne, 2. Februar.

Der Ministerpräsident von Neusüdwales, LANG, hat den Generalagenten für die australischen Anleihen in London telegraphisch angewiesen, mit den Anleihebesitzern in Verhandlungen über ein einjähriges Moratorium für die Gesamtzinszahlungen des Staates Neusüdwales zu treten. Die jährliche Zinsverpflichtung beträgt 958 000 Pfund. Die am Montag fällige halbjährliche Zinsrate ist nicht nach London abgegangen.

Der australische Ministerpräsident LYONS hat eine Mitteilung herausgegeben, in der er sagt, daß ein solches Vorgehen gegen die Politik Australiens verstoße und daß Australien alle Schritte ergreifen werde, um den Ministerpräsidenten LANG zur Erfüllung der Verpflichtungen seines Landes zu veranlassen.

zu verlieren“, sagt Dr. Haindl, die französischen Worte mit bayerischem Akzent witzend.

Saint Brice hüstelt leise. „Ist es billig, Herr Botschafter, daß der Streit der Großen auf dem Rücken der Kleinen getragen wird? Da Rom nur an seinen sacro egoismo denkt, kann Frankreich nicht die Rolle des Märtyrers für den europäischen Frieden allein übernehmen! Es wird wohl dazu kommen, daß wir unseren Botschafter in Rom aberufen müssen, so schmerzlich auch dieser Schritt wäre.“

Dr. Haindl setzt sich, daß es im Gefüge des Sessels kracht. „Die Verbindung zwischen zwei Völkern ist rascher zerschnitten als von neuem wieder angeknüpft“, bemerkt er bedächtig und legt den Kopf ein wenig auf die Seite. Er sieht jetzt aus wie ein Landpfarrer: selbstbewußt, einfach, von behäbigem Wohlwollen.

„Es gibt Konsequenzen, die zuweilen gezogen werden müssen“, antwortet der Franzose. „In jedem Fall möchte ich Ihnen die Frage vorlegen, Herr Botschafter, ob bei weiterer ungünstiger Entwicklung Ihre Regierung bereit sein würde, Frankreichs Interessenschutz in Italien zu übernehmen?“ Er blickt gespannt in die funkelnden Gläser des Deutschen.

Der Deutsche, obwohl er genau weiß, was er antworten wird, überlegt eine Minute. „Im Prinzip, ja“, erwidert er leutselig. „Im besonderen Fall allerdings möchte ich auf die schwierige Lage meines Landes hinweisen. Unser Volk würde die Uebnahme des französischen Schutzes in Italien als Freundschaftsdienst für Frankreich werten, als Spitze gegen Italien. . . . Bitte, nur ganz gefühlsmäßig, Herr Baron. Ob es sich nicht empfiehlt, mit dieser Aufgabe eine Macht zu betrauen, die den Dingen ferner steht als Deutschland?“

Also glatte Ablehnung! — denkt der Franzose und zieht die weißen Augenbrauen zusammen. Sind etwa die Berliner mit Capponi schon einig?

„Sie würden dann vermutlich auch nicht die italienischen Interessen in Frankreich wahrzunehmen gewillt sein, hoffe ich?“ Ganz ruhig spricht Saint Brice, obwohl ihm die Unruhe im Blut sitzt.

„Das weiß ich wirklich nicht“, lacht der Bayer gutmütig. Saint Brice trommelt leise die Fingerspitzen gegeneinander. Warum ist der Deutsche plötzlich so zurückhaltend? „Ich hatte vorhin bei meinem Vorschlag die freundschaftlichen Beziehungen im Auge, die Ihr Land und das meine seit Jahren verbinden.“

(Fortsetzung folgt.)

Wie die Unternehmer sich die „bessere“ Vernunft denken.

Der Syndikus des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes, Dr. HOKAMP, sagte Ende 1931 auf einer „Notkundgebung des Handwerks“ in Oldenburg: „Wir wenden uns gegen die Zwangstarife, das bedeutet nicht, daß ein tarifloser Zustand das Ziel sein muß. Aber die Schlichter haben jede Fühlung mit der Wirtschaft verloren. Wegen der hohen Tariflöhne kommen keine Aufträge nach Deutschland. Das Festhalten an den jetzigen Zwangstarifen muß die Arbeitslosigkeit vermehren. Es geschieht nicht auf Wunsch der Arbeiterschaft, sondern auf Wunsch der Gewerkschaften, die nichts von ihren Errungenschaften herausgeben wollen. Die Gewerkschaften sind nicht mehr die Vertreter der Interessen der Arbeitnehmer, sondern der Gewerkschaftssekretäre. Wir haben kein Interesse an möglichst niedrigen Löhnen, aber wir wünschen ein gesundes Verhältnis zwischen Löhnen und Arbeitserzeugnis. Endlich muß die Regierung Abhilfe schaffen! Der Achtstundentag muß endlich der besseren Vernunft weichen.“ M. H.

Hitler, der Konkurrent des Papstes.

Ende Januar prägte HITLER in einer Versammlung im Zirkus Krone zu München, in der er übrigens scharf gegen den Katholizismus wüthete, folgenden merkwürdigen Satz: „Eine göttliche Eingebung verkündigte es deren ausstrahlendem Kopf, daß nur die von Gott gegebene Kraft Deutschland retten könne.“ — Nicht alle Leser werden das Deutsch dieses Teufels auf den ersten Anblick verstehen. Deshalb erläutern wir: HITLER bezeichnet sich hier wahrscheinlich als den Kopf, der göttliche Eingebungen ausstrahlt. H. H.

Erbärmliche Menschen!

Japanische Korrespondenten englischer Zeitungen berichten, daß der Tokioter Rundfunksender seinen Zuhörern die Einzelheiten der Schlacht bei Mukden direkt vom Schlachtfeld übermittelte. An verschiedenen Punkten der Schlachtfeldzone waren Mikrophone und übertragbare Radiosender aufgestellt. Auf diese Weise vernahm die Hörer nicht nur die Erläuterungen des Ansagers, sondern auch den Lärm der Kanonen, das Pfeifen der Gewehrpatronen, das Jammern der Verwundeten und das Stöhnen der Sterbenden.

Der „Bayerische Kurier“, das führende katholische Blatt Bayerns, bringt diese Perversität ohne jeden Kommentar, lediglich als Sensation.

TOLSTOI hat sich sehr milde ausgedrückt, als er sagte: „Ich bemitleide die modernen Menschen, die auf ihren Eisenbahnen von Stadt zu Stadt fliegen, um einander ihren vielzechen Zustand bei elektrischem Licht zu zeigen.“ H. H.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Donnerstag, den 4. Februar. Bezirk Prenzlauer Berg, 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Die Stellung des ISK zur Präsidentenwahl.

Hamburg: Donnerstag, den 4. Februar, 20.15 Uhr, Volkshaus Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Werbe-Kundgebung für den „Funken“. Redner: Allan Flanders (England).

Freie Aussprache. Eintritt frei.

Untertanen-Unterricht.

Eine Deutschstunde aus dem Jahre 1926 in der zweiten Klasse einer städtischen Volksschule. Wir drucken diese Stunde ab, wie sie von einem als Gast anwesenden Hörer mitstenographiert wurde. Nur einige allzu langatmige Wiederholungen sind fortgelassen worden.

Lehrer: Wir haben kürzlich in einem Gedicht eine Frau kennengelernt, die uns allen ein Vorbild sein kann. Wer weiß, welches Gedicht ich meine?

Schüler: „Die alte Waschfrau.“

Lehrer: Ja, richtig. (Gedicht wird aufgesagt.) Warum konnte sie uns ein Vorbild sein?

Schüler: Weil sie zufrieden war; weil sie ihre Pflicht treu erfüllte.

Lehrer: Ihre Pflicht als was?

Schüler: Als Mutter, als treue Gattin — als fromme Christin.

Lehrer: Was ist also das Höchste auf der Welt?

Schüler: Die Zufriedenheit aus Pflichterfüllung.

Lehrer: Wie ist es denn nun, wenn ihr euch die Menschen heute anseht?

Schüler: Sie sind unzufrieden.

Lehrer: Ja, wie kommt denn das? (Schweigen.) Na, was müchten denn alle?

Schüler: Reich sein.

Lehrer: Nicht wahr? Sie sind's nämlich nicht. Wie kommt man denn zu Reichtum?

Schüler: Durch fleißige Arbeit.

Lehrer: Und was tun die Menschen, denen dieser Weg zu unbequem ist?

Schüler: Sie stehlen. Sie betrügen. Sie graben Schätze.

Lehrer: Wie machen sie denn das? Das wißt ihr doch aus Märchen? (Schweigen.) Mit wem treten die Schatzgräber denn in Verbindung? Wen rufen sie an?

Schüler: Den Teufel.

Lehrer: Und was heißt denn, sie rufen den Teufel an?

Schüler: Sie versprechen ihm ihre Seele, und dafür zeigt er ihnen, wo Schätze liegen.

Lehrer: Na, was sagt ihr denn nun dazu?

Schüler: Es gibt keinen Teufel. Man kann so keine Schätze graben.

Lehrer: Und welchen Rat werdet ihr diesen Leuten geben?

Schüler: Sie sollen fleißig arbeiten.

Lehrer: Wir wollen jetzt ein Gedicht vom Schatzgräber lesen. Ich werde es euch erst vorlesen. (Liest.) Von wem ist hier die Rede?

Ungefähr zu derselben Zeit, in der der Prozeß in dem SCHULTHEISS PATZENHOFER-Skandal begann, endete die Beweisaufnahme im Favag-Prozeß.

Mehr als ein Vierteljahr brauchte das Gericht, um all die Dinge zu klären, die im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G., eines der beiden größten deutschen Versicherungskonzerne, im August 1929, stehen.

Es erschiene uns nicht notwendig, von diesem Zusammenbruch weiter Notiz zu nehmen, wenn es sich hier nur um einen Skandal handelte, der sich lediglich in seiner Größe von den in der kapitalistischen Wirtschaft von Zeit zu Zeit üblichen Skandalen unterschiede.

Der Favag-Prozeß verdient aber besonderes Interesse nicht nur, weil er einen außergewöhnlich guten Einblick in den Geist gewährt, der wohl so manche „Wirtschaftsführer“ heute beherrschen mag, sondern auch deshalb, weil er uns ein Urteil erlaubt über die häufig geforderte staatliche Bankenaufsicht.

Bekanntlich ist ja gerade das Versicherungswesen schon seit Jahren das Gebiet wirtschaftlicher Betätigung, das sich besonderer staatlicher Aufsicht durch ein eigens zu diesem Zweck geschaffenes Reichsaufsichtsamt erfreut. Wie wenig dieses Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung sich selber als eine Sicherung gegen Betrügereien betrachtet, geht aus der eigenartigen Form hervor, in der es sich aus der ganzen Favag-Sache herauszuden versuchte. Es erklärte nämlich, daß „die Verluste nicht aus dem ordnungsmäßigen Versicherungsbetrieb“ seien, sondern aus Bürgschaften, die „die Leiter der Frankfurter Allgemeinen in unerlaubter Weise und im vollen Widerspruch mit dem Geschäftsplan . . . ohne Vorwissen . . . des Reichsaufsichtsamts zu Lasten der Gesellschaft übernommen haben.“ Das Reichsaufsichtsamt hätte von den Schwierigkeiten erst aus der Presse Kenntnis erhalten, „da die in Betracht kommenden Geschäfte weder aus der Bilanz, noch aus dem Geschäftsbericht, noch aus dem Reichsaufsichtsamt sonst einzureichenden Unterlagen erkennbar waren.“

Die Vernehmung des Direktors SCHMITT von der Allianz, der Konkurrent der Favag, zeigte, wie wenig tatsächlich das Reichsaufsichtsamt seiner Aufgabe gerecht wurde. Als nämlich Dr. SCHMITT sich nach dem Zusammenbruch der Favag in das Reichsaufsichtsamt begab, um über die Möglichkeiten zur Rettung des Versicherungsbestandes der Favag zu verhandeln, fand er dort noch alles in tiefstem Frieden. Die leitenden Herren hatten von den Vorgängen bei der Favag noch keine Ahnung, obwohl bereits die Morgenzeitungen von dem Zusammenbruch der Favag berichtet hatten.

Es stimmt allerdings, daß sich die Favag weitgehend über die Vorschriften der Versicherungsgesetzgebung hinweggesetzt hatte, sodaß das Reichsaufsichtsamt nichts wußte. Aber, wie seinerzeit die „Deutsche Wirtschaftszeitung“, ein führendes Unternehmerblatt, schrieb: „das Reichsaufsichtsamt lebt ja nicht auf dem Monde. Wenn weder aus der Bilanz, noch aus dem Geschäftsbericht, noch aus sonst einzureichenden Unterlagen etwas über die fragwürdigen Geschäfte hervorging, dann ging immerhin aus durchaus

Zum Favag-Prozeß.

Was die Aufsicht nicht sah.

substantiierten Artikeln in ernstzunehmenden Zeitungen so viel über diese Geschäfte hervor, daß eine Behörde, die ihre Aufgabe nicht mit der bürokratisch richtigen Bearbeitung der Vorgänge und der bei ihr einzureichenden Unterlagen als erfüllt ansieht, sehr wohl daraus hätte Veranlassung nehmen können, der Angelegenheit nachzugehen.“

Darüber, wie es nun tatsächlich zu der Favag-Katastrophe kam, gibt das Gutachten des Professors KALVERAM, mit dem die Beweisaufnahme im Favag-Prozeß schließt, einen ausgezeichneten Einblick.

Danach ist der Zusammenbruch nicht nur auf Eigenmächtigkeiten, sondern noch viel mehr auf eigennützige Handlungen der Favag-Direktion zurückzuführen.

Abgesehen von offensichtlichen Bilanzfälschungen, die so weit gingen, daß man Jahre lang trotz Verlusten Jahresgewinne von mehreren Millionen auswies, war auch die laufende Buchführung in einem derartigen Zustande, daß nur ihre sorgfältige Erforschung ein Bild von der Favag-Geschäftsführung geben konnte.

Den Buchprüfern zeigte sich ein buntes Bild von gefälschten Kontenbeziehungen, von falschen Bewertungen der Schulden und Guthaben, die über die Rentabilität hinwegtäuschen sollten, von Verschleierungskonten und Gewinn- und Verlustbuchungen, die in keiner Weise den wirklichen Geschäftsvorfällen entsprachen, und die willkürlich auf Täuschungen und Irreführungen abgestimmt waren.

Durch Gründung und Angliederung von Tochterfirmen (Südwestdeutsche Bank, Frankfurter Industrie-Kredit-G. m. b. H.) versuchte man, die faulen Geschäfte zu verdecken. Alles diente letzten Endes dazu, die zahlreichen versicherungsfremden Geschäfte, die vielfach in Verbindung mit Privatinteressen der leitenden Herren durchgeführt wurden, zu verschleiern. So schoben mehrfach die leitenden Direktoren ihrer Gesellschaft das Risiko an Geschäften zu, deren Gewinne sie persönlich einstrichen.

All dies konnte die Direktion mindestens fünf Jahre lang treiben, ohne daß die Aufsichtsbehörde von den geschäftlichen und außergeschäftlichen Transaktionen der Favag-Direktoren eine Ahnung hatte.

Die Ursachen für das Versagen des Reichsaufsichtsamtes sind einmal in der Undurchsichtigkeit der Konzernverschachtelung zu suchen. Sie machte das Gefüge dieses Versicherungskonzerns so undurchsichtig, daß auch gewitztere Fachleute als diejenigen, die im Reichsaufsichtsamt saßen, ihm schwerlich gewachsen gewesen wären.

Die wichtigere Ursache liegt aber wohl darin, daß die gesamte Öffentlichkeit einem Geschäftszweige, der bekanntermaßen unter verschärfter staatlicher Aufsicht stand, mit viel weniger öffentlicher Kritik entgegentrat, als es ohne diese „Aufsicht“ der Fall gewesen wäre. Es ist aber, nur natürlich, daß Beamte, die nicht täglich im praktischen Wirtschaftsleben stehen, die ihnen gestellten Kontrollaufgaben schwerlich erfüllen können. So wurde in diesem Fall die Reichsaufsicht geradezu zu einem Mantel, unter dessen Schutz Korruption, Fälschungen und dergl. umso sicherer gedeihen konnten, eine Tatsache, die nicht gerade dazu ermutigen kann, in den Ruf nach Aufsicht des Staates über Banken und andere Wirtschaftszweige einzustimmen.

Hans Lehmann.

Schüler: Von einem Mann.

Lehrer: Was wird uns über den Seelenzustand dieses Mannes gesagt? (Schweigen.) Na, les's doch!

Schüler: „Arm am Beutel, krank am Herzen, schleppt' ich meine langen Tage.“ — Er war krank am Herzen!

Lehrer: Heißt das, er war herzkrank?

Schüler: Nein, seine Seele war krank. Er hatte keinen Mut.

Lehrer: Nein, keine Stimmung. Welchen Grund hatte das?

Schüler: Er hatte kein Geld.

Lehrer: Wie kam das? Hatte er ein prunkvolles Leben geführt? Wodurch hätte er denn Geld erhalten können.

Schüler: Durch fleißige Arbeit.

Lehrer: Warum hat er diese Möglichkeit denn nicht ergriffen? Na, was bereitet Arbeit denn? Denkt doch an euren Vater, wenn er den ganzen Tag in der Fabrik war!

Schüler: Arbeit macht Mühe.

Lehrer: Richtig! Wie ist also der Weg der Arbeit, um reich zu werden?

Schüler: Es ist ein langsamer, mühevoller Weg.

Lehrer: Aber wie führt er dennoch zum Ziel?

Schüler: Steher!!

Lehrer: Welche tiefe Weisheit liegt in unserm Gedicht?

Schüler: Zwischen Arbeit und Erholung liegt das wahre Glück des Lebens.

Lehrer: Wiederholt alle!

Sprechchor: Zwischen Arbeit und Erholung . . .

Lehrer: Warum wählte der Schatzgräber die fleißige Arbeit denn nicht?

Schüler: Sie war ihm zu mühevoll.

Lehrer: Na, vielleicht war noch etwas anderes im Spiel.

Wie ist es denn mit dem Erfolg, der den Menschen wird, selbst wenn sie sich tüchtig quälen?

Schüler: Sie haben oft keinen Erfolg.

Lehrer: Na, das wäre falsch. So ist es nicht. Das kann man nicht sagen. Aber langwierig ist es oft, das stimmt. Dem Schatzgräber war dieser Weg der Arbeit zu lang. Was tat er darum?

Schüler: Er verschrieb dem Teufel seine Seele.

Lehrer: Wie war das von ihm gehandelt?

Schüler: Gottlos.

Lehrer: Ja, gottlos und leichtsinnig. Wie wurde er geheilt? (Schweigen.) Na, welches Mittel empfahl denn der Himmelsbote dem Schatzgräber?

Schüler: Fleißig zu arbeiten. In Arbeit und Erholung liegt das wahre Glück des Lebens.

Lehrer: Ja, ja, damit haben wir den Grundgedanken des Gedichtes erfaßt. (Freudig:) Du hast es wirklich in eine sehr

schöne Form gebracht! Wie kannst du das nur schon!

Lehrer: Wer kann mir ähnliche Gedichte nennen?

Schüler: „Johann, der muntere Seifensieder!“

Lehrer: Wie war doch die Geschichte?

Schüler: Johann sang immer bei seiner Arbeit. Ein reicher Mann mochte den Gesang morgens so früh nicht hören. Er schenkte dem Johann 30 Taler. Dafür sollte er aufhören zu singen. Er konnte nachts nicht schlafen vor Angst, man könne ihm sein Geld stehlen. Auch war er traurig, daß er nicht mehr singen konnte. Er ging darum zu dem Reichen, gab ihm das Geld zurück und wurde wieder der lustige Seifensieder.

Lehrer: Was ersehen wir daraus?

Schüler: Daß Reichtum unglücklich und unzufrieden macht.

Lehrer: Haben wir nicht noch mehr Beispiele, z. B. aus der biblischen Geschichte, dafür gehabt?

Schüler: Der barmherzige Samariter. Der reiche Mann und der arme Lazarus.

Lehrer: Na, an die dachte ich gerade nicht. Ihr werdet's nicht raten. Ich dachte an den verlorenen Sohn.

Mehrere Schüler: Ach ja!

Lehrer: Wir haben in diesem Jahr noch ein Gedicht kennengelernt, daß von einem unzufriedenen Mann handelt.

Schüler: „Die Kreuzschau!“

Lehrer: Mit wem setzte sich der unzufriedene Mann in der Kreuzschau in Verbindung?

Schüler: Mit Gott.

Lehrer: Und was mußte er erkennen?

Schüler: Daß niemand ein schwereres Kreuz bekommt, als er tragen kann.

Lehrer: Da dieser Gedanke eine tiefe Lebensweisheit ausspricht, gibt es sicher viele Sprichwörter darüber. Nennt mir welche. Na? Alles in der Welt — — —

Schüler (alle im Chor mit): — — — läßt sich ertragen, nur nicht eine Reihe von schönen Tagen.

Lehrer: Noch eins! Was gibt es ohne Fleiß im Leben nicht?

Schüler (im Chor): Keinen Preis!

Lehrer: Na, es gibt auch Leute, denen fällt es leichter zu, den Begabten. Aber im großen und ganzen stimmt es doch: ohne Fleiß kein Preis. — — Der alte Moses, wie die biblische Geschichte lehrt, hat ja auch schon gesagt: „Wenn es köstlich gewesen ist, dann ist es Mühe und Arbeit gewesen.“ — — Nun wiederholt noch einmal, in einem Satz, wie der Schatzgräber war!

Schüler: Der Schatzgräber war arm, innerlich krank, unzufrieden, leichtsinnig, geldgierig, furchtlos und wurde durch den Knaben belehrt, daß nämlich die Arbeit das höchste Gut des Lebens ist.

Lehrer (mit Pathos): Ja, er wurde belehrt und bekehrt!

B. R.

RGÖ-Strategie.

An dem Streik bei den Firmen „Quarzlampengesellschaft“ und „Vakuumschmelze“ waren 300 Arbeiter beteiligt. Der Streik brach nach drei Wochen zusammen, 45 Kollegen wurden gemäßigelt. Die von der RGÖ versprochene Bar-Unterstützung wurde nur in der ersten Woche gezahlt. Die Streikbeschlüsse wurden ziel- und planlos in einer öffentlichen RGÖ-Versammlung gefaßt. Der eigentliche Zweck des Kampfes war, den Anlaß zu schaffen für die Zerschlagung der Verwaltungsstelle des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ in Hanau.

Daß die Arbeitsverhältnisse in den bestreikten Betrieben nicht zu den schlechtesten in Deutschland gehört haben, ist ersichtlich aus der Bekanntmachung der Firma „Quarzlampe“ bei der Wiederaufnahme der Arbeit.

„Zur Beachtung! Alle bei uns bisher üblichen Sonder-vorteile sind aufgehoben, weil die Ueberbezahlung, die wir durch bisherige Sondervorteile bis jetzt geleistet hatten (und deren Höhe sich jeder für sich und die Belegschaft aus-rechnen soll), leider nicht anerkannt worden ist. Es war für uns eine recht grobe und üble Enttäuschung, daß trotz dieser Sonderzahlungen gerade unser Belegschaft uns, als einzigem Unternehmen in der ganzen Frankfurter Gegend, einen so großen geschäftlichen Schaden durch ihre Arbeitsnieder-legung in dieser ohnehin so schweren Zeit zugefügt hat.

Wir sind jetzt gründlich kuriert!

Aufgehoben sind:

1. der Einheitsurlaub (14 Tage, dazu 15 M Urlaubsgeld);
2. die Kartoffel- und Winterbeihilfe (jeweils 20 M);
3. die Bezahlung von Feiertagen;
4. die bisherige Bezahlung der viertelstündigen Früh-stücks- und Vesperpause;
5. die bisherige Bezahlung der je 5 Minuten vor der Tischpause und vor Arbeitsschluß;
6. die Karenzzeit von 7 Minuten bei Arbeitsbeginn. Nur die tatsächlich pünktlich begonnene Arbeitszeit wird bezahlt;
7. die sonst nirgends mehr übliche Beihilfe für die Arbeitskleidung der Metallschleifer fällt fort.“

Von der „Eisernen Front“.

Versammlungen in Frankfurt (Main) und Erfurt.

Erfreuliches: Starker Besuch (5000 in Frankfurt; in Erfurt reichten die beiden gemieteten Säle nicht aus, noch ein dritter hätte gefüllt werden können). Gespräche zeigen die Befriedigung vieler Arbeiter darüber, daß große Arbeiter-organisationen endlich die Passivität gegenüber dem Faschismus überwinden. Die beiden Erfurter Versammlungen schlossen mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“.

Unerfreuliches: Der Frankfurter Redner, VOGEL, vom Parteivorstand der SPD, verstieg sich am Schluß zu der Behauptung, daß die Arbeiterschaft nur unter der einen großen Sozialdemokratie geeint werden könne. In Erfurt redete HARTMANN (SPD), thüringischer Landtagsabgeordneter, der in beiden Versammlungen als Vertreter der freien Gewerkschaften sprach, (die SPD hatte in beiden Ver-sammlungen noch einen besonderen Vertreter), die Ver-sammelten als Parteigenossen an. P. S. und E. H.

SAP-Essen und Einheitsfront.

In einer Versammlung der SAP in Essen nahm der Redner Stellung zur Reichspräsidentenwahl und kritisierte aufs schärfste das Verhalten der großen Arbeiterparteien SPD und KPD, die leider die Aufstellung eines gemein-samen Arbeiterschaftskandidaten unmöglich machten. — Eine endgültige Stellungnahme zu der eisernen Front machte er von der Frage abhängig, wieweit die parteipolitische Neu-tralität gewahrt würde. In diesem Zusammenhang fand er schärfste Worte gegen die SPD.

Ein zweiter Gapon?

E. M. Lonodn, 28. Januar.

„Universe“ (eine katholische englische Wochenschrift) erzählt aus Amerika:

„Vater JAMES COX führt jetzt den Marsch der amerika-nischen Arbeitslosen, um die Demonstration vor dem Ruf, daß es eine Arbeit der Roten sei, zu retten.“

Vielleicht beabsichtigt Vater Cox, die Arbeitslosen vor mehr zu retten, als einem solchen Ruf. Wahrscheinlich will er sie vor dem Klassenkampf „retten“. Das steht auch mehr in Einklang mit dem Katholizismus.

„Entlarvung“ um jeden Preis!

E. K. Hamburg.

Die Apologetische Kampfgruppe für das lutherische Evangelium veranstaltete hier in der vorigen Woche vier öffentliche Aussprachen, zu denen alle Christen und Frei-denker eingeladen waren. Der Deutsche Freidenker-Verband (DFV) und der kommunistische Verband Proletarischer Frei-denker (VPF) hatten ihre Mitglieder aufgefordert, in Massen zu erscheinen.

Die erste Versammlung, an der rund 2500 Menschen teil-nahmen, wurde eine glänzende Einheitsfront-Kundgebung aller Freidenker. Der DFV und der VPF hatten sich ge-einigt, je einen Redner sprechen zu lassen. Beide wandten sich scharf gegen die Kirche, keiner erwähnte ein Wort von Parteiloyalitäten. Als ein Anarchist gegen die SPD sprechen wollte, wurde ihm zugerufen:

„Du sollst doch hier nicht gegen die Arbeiter sprechen, sondern gegen die Pfaffen!“ Mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“ zogen die Arbeiter ab, und der Polizei blieb nur noch übrig, die Versammlung zu schließen.

Schon in der nächsten Versammlung war von diesem Geist nichts mehr zu spüren. Die Parole der Kommunisten hieß nun: „Entlarvung der Freidenker-Pfaffen vor der brei- testen Öffentlichkeit!“ Erfolg? Die Versammlung wurde wegen der scharfen Auseinandersetzungen zwischen den bei-den Freidenker-Verbänden polizeilich geschlossen.

Die letzte Versammlung. Der Saal ist gestopft voll. Ein junger KJ-Genosse, die Mütze tief im Genick, sagt zu mir: „Heute rechnen wir ab!“ Der christliche Redner spricht ge-schickt; Zwischenrufe fertigt er ironisch ab. In der Pause fordert ein Genosse vom DFV alle Arbeiter auf, Disziplin zu üben und die Aussprache nicht zu stören. Alles ist ein-verstanden. Der erste Diskussionsredner ist der Vorsitzende des DFV, Ortsgruppe Hamburg. Leider spricht er so leise, daß man kaum etwas verstehen kann. Schon hagelt es Zwischen-rufe von den jungen Kommunisten: „Du hast wohl 'ne Kar-toffel im Hals? Nimm dein Kaugummi raus! Freidenker-Pfaffe! SPD-Christ!“ Der Redner muß abtreten. Der Ver-treter des VPF hat nichts besseres zu tun als zu erklären: „Die Versammlungen haben uns gezeigt, daß wir nicht nur gegen die Kirche, sondern auch gegen den DFV zu kämpfen haben!“ Als ein Pastor sprechen will, erreicht der Krach seinen Höhepunkt. Die Kommunisten verlangen einen kom-munistischen Redner. Der Versammlungsleiter will ihm am Schluß sprechen lassen. Sprechchöre brüllen: „Abstimmen! Abstimmen!“ Ein junger Kommunist springt auf einen Stuhl und schreit: „Proletarier! Ich stelle fest, daß die Versamm-lungsleitung nicht ordnungsmäßig verfährt. Ich werde die Leitung selber übernehmen und abstimmen lassen!“ (Rasender Beifall!) Die Mehrheit ist natürlich für den Antrag. Darauf erklärt der christliche Leiter die Versammlung für geschlos-sen. Schreien, Schimpfen, einige gehen zum Ausgang. Der Kommunist, die Glocke in der Hand, kann sich kein Gehör verschaffen. Vorn beginnt eine Schlägerei. Plötzlich stürmt Polizei in den Saal. Schon klatscht der Gummiknüppel auf die Rücken der Arbeiter. Im Nu ist alles draußen.

Klassenkampf ?? Affentheater !!

Wucherer.

Ein ehemaliger Werkmeister hatte sich vor dem Schöf-fengericht in Kassel wegen Wuchers und Erpressung zu ver-antworten.

Die Besitzerin eines kleinen Putzwärgengeschäftes hatte vom Beklagten auf eine Zeitungsanzeige hin ein Darlehen von 100 Mark gegen „Anstellung eines Wachsels von 120 Mark in Anspruch genommen. Die Frau war aber infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht in der Lage, den fäl-ligen Wechsel einzulösen. Der Kreditgeber nutzte ihre Not-lage und Hilflosigkeit aus und brachte sich durch öftere Wechselneuausstellungen und Abzahlungen im Laufe von sechs Monaten in den Besitz von 215 Mark. Außerdem hatte er sich mit den harmlosen Worten „Ein Hütchen müßte doch noch abfallen“, in den Besitz von zwei Frauenhüten gebracht. Die Geschäftsinhaberin hatte die Hüte nur hergegeben, um den Mann so schnell wie möglich loszuwerden.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen schweren Wuchers zu drei Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, weil er die Notlage und Unerfahrenheit dieser tatsächlich be-dauernden Frau ausgenutzt hat, um sich auf ungerechte Art und Weise zu bereichern. W. L.

Spanien in Aufruhr!

Über dieses Thema sprachen am Mittwoch, dem 3. Februar, um 20 Uhr, in den Andreassälen, Berlin, Andreasstraße 21:

Rudolf Rocker Augustin Souchy Karl Korsch

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Mittwoch, den 3. Februar.

Breslau:

18.00 LENZNER: Probleme der Arbeiterbildung. (Vergleichs dazu: NELSON: „Nicht bürgerliche, sondern proletari-sche Bildungsarbeit“. D. Red.)

Königs wusterhausen:

11.30 Die Umstellung der Geflügel fütterung auf wirt-schaftseigene Futtermittel.

Langenberg:

19.30 SOLLMANN: Zur Reichsreform.

20.00 Karneval. (Durch fast alle deutschen Sender können wir aus Langenberg hören, wie gut dem Spießer der Narr steht. D. Red.)

Donnerstag, den 4. Februar.

Berlin:

15.40 WOLFGANG SORGE: Chinesen, Japaner, Europäer in der Mandchurei.

Königs wusterhausen:

19.30 Dr. K. WILD: Gibt es in der deutschen Landwirt-schaft Interessengegensätze zwischen Getreidebau und Veredlungswirtschaft?

Langenberg:

18.20 Dr. ZITZEN: Markenbutter als Absatz erleichterung.

Leipzig:

14.00 Dr. WESTPHAL: Wie man in Amerika die Arbeits-losigkeit bekämpft.

19.00 M. STÜRZ: Lesen Sie einmal den Tarifvertrag nach.

Mühlacker:

19.05 Dr. H. REUPKE: Wirtschaftsverfassung und Wirt-schaftslage in Italien. (Reupke ist unseres Wissens Nationalsozialist. D. Red.)

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wochenrundschaue und Briefkasten.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantw. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Der „ISK“ behandelt alle wichtigen Fragen des Klassenkampfes.

Er gehört in die Hand aller denkenden Menschen als

Waffe im Kampf gegen die Ausbeutung!

Einzelhefte 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK“ erscheint monatlich und kostet 20 Pf., ausschließlich Porto

IVA G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8 a

Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothenhauer

Weimar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebot!

FREUNDE UND LESER

der neuen Tageszeitung „Der FUNKE“. Wir bitten dringlich um tatkräftige und erfolgreiche Unterstützung. Werdet feste Bezieher und

WERBT Abonnenten. Ein fester Abonnenten-stamm ist das beste Fundament. Werbt deshalb beifrig. (Einen neuen Abonnenten im Monat sollte jeder schaffen.)

GEBT und sammelt Beiträge zum Pressefonds, damit wir auf- und ausbauen können.

BRINGT uns Inserate und inseriert selber. Wir empfehlen unseren Lesern täg-lich, die Anzeigen zu beachten und zu bevorzugen.

Postanschrift: IVA, G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheckkonto: Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler).

Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!

Lest die politischen Schriften Leonard Nelsons,

die gerade in der heutigen Zeit des Chaos und der Ziel-losigkeit besondere Bedeutung haben. Der Einföhrung in Nelsons Ideen dient vor allem die Schrift:

Öffentliches Leben

35 Seiten

80 Pfennige

Zu beziehen durch jede Buchhandlung od. direkt vom Verlag (Postsch. : Hannover 60643)

Verlag „Öffentliches Leben“ / Berlin S 14

Kurze Meldungen. Verzögerung der russischen Verhandlungen mit den Randstaaten.

j Riga, 1. Februar.

Obgleich schon seit einer Reihe von Tagen die Unterzeichnung des lettland-russischen Nichtangriffsvertrages erwartet wird, scheint sich der Abschluß der Verhandlungen jetzt immer weiter zu verzögern. Wie aus gutunterrichteter Quelle verlautet, soll Lettland den Vertrag nur gleichzeitig mit Estland unterzeichnen wollen. Das polenfreundliche Estland wiederum will den Vertrag nur gemeinsam mit Polen unterzeichnen. Polen seinerseits wartet mit der Unterzeichnung, bis die eben unterbrochenen russisch-rumänischen Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß gelangen.

Der russische Verhandlungsführer STOMONJAKOFF ist entschlossen, in den nächsten Tagen abzureisen, selbst wenn bis dahin die lettland-russischen Verhandlungen zu keinem abschließenden Ergebnis geführt haben.

Einreiseerlaubnis für Radek.

i Genf, 2. Februar.

Der Schweizer Bundesrat hat sich entschlossen, RADEK die Einreise zu erlauben. RADEK wird nunmehr als Vertreter der Moskauer „Ivestija“ an der Abrüstungskonferenz teilnehmen.

Hauptausschuß des Preußischen Landtages.

h Berlin, 2. Februar.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Dienstag mit den Anträgen der Deutschnationalen, der Deutschen Fraktion und der Kommunisten, die die Aufhebung der preußischen Sparverordnung vom 23. Dezember 1931 und der Notverordnung des Reiches vom 8. Dezember 1931 verlangen. Die Regierungsparteien betonten, daß man die Notverordnungen als unteilbares Ganzes ansehen müsse. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Weiterberatung erfolgt Mittwoch.

Rücktritt der anhaltischen Regierung.

a Dessau, 2. Februar.

Im anhaltischen Landtag wurde ein nationalsozialistischer Antrag mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen, dem der Staatsminister das Vertrauen entzieht. Daraufhin erklärte die Regierung ihren Rücktritt.

Schlichter für Mitteldeutschland.

h Berlin, 2. Februar.

An Stelle des Oberregierungsrats HÖPKER bei der Regierung in Erfurt ist mit Wirkung vom 1. April 1932 der Regierungs- und Gewerberat DUHM in Erfurt zum stellvertretenden Schlichter für den Bezirk Mitteldeutschland bestellt worden. Regierungsrat Dr. WIESEL in Weimar bleibt bis auf weiteres als stellvertretender Schlichter für Mitteldeutschland tätig.

Standquartier der Arbeitermörder.

g Berlin, 2. Februar.

Bei der polizeilichen Durchsuchung eines SA-Heims in Waidmannslust wurden vier Pistolen mit Munition, drei Dolchmesser und ein Totschläger beschlagnahmt. 21 SA-Leute wurden der politischen Polizei eingeliefert.

Waidmannslust war der Ausgangspunkt für den Mordüberfall auf die Kolonie Felseck.

Die Weichsel über die Ufer!

k Danzig, 2. Februar.

Montagabend stieg infolge des starken Sturmes die tote Weichsel so hoch, daß sie bei Schellmühl in breiter Front die Ufer überschwemmte. Noch größere Überschwemmungen rief der Sturm bei Heubude hervor. Das Wasser stieg bis 30 cm über die Fußböden der Wohnungen. Der Schaden der fast durchweg armen Einwohner ist beträchtlich.

POLIKEI. Von Leo Tolstoi.

(16. Fortsetzung.) Copyright by Insel-Verlag in Leipzig.)

Und wie hätte sich auch jemand das Vergnügen versagen können, die gnädige Frau in Akulinas Winkel zu beobachten? Das war für die Gutsleute ganz dasselbe wie das bengalische Feuer am Schlusse einer Vorstellung. Ein schöner Anblick ist es, wenn das bengalische Feuer angezündet wird; und auch ein schöner Anblick war es auch, als die gnädige Frau in Seide und Spitzen in Akulinas Winkel kam. Sie trat zu Akulina heran und ergriff sie bei der Hand; aber Akulina entriß sie ihr. Die bejahrten Gutsleute schüttelten mißbilligend die Köpfe.

„Akulina!“ sagte die gnädige Frau; „du hast Kinder; schone dich für sie!“

Akulina lachte und stand auf.

„Meine Kinder sind ganz von Silber, ganz von Silber... Papiergeld nehme ich nicht“, murmelte sie hastig. „Ich habe zu Polikei gesagt: Nimm kein Papiergeld; sie schmierden dich damit an; mit Teer haben sie ihn beschmiert. Mit Teer und Seife, gnädige Frau. Jede Art Krätze wird dadurch sofort beseitigt.“ Und sie lachte wieder, noch ärger als vorher.

Die gnädige Frau wandte sich um und befahl, den Heilgehilfen mit einem Senfpflaster zu rufen. „Gebt kaltes Wasser her!“ sagte sie und sah sich selbst nach Wasser um; aber als sie das tote Kind erblickte, vor dem die alte Anna stand, wandte sich die gnädige Frau ab, und alle sahen, wie sie ihr Gesicht mit dem Taschentuche verhüllte und weinte. Die alte Anna aber (leider sah es die gnädige Frau nicht; sie hätte es zu schützen gewußt, und für sie wurde das ja auch alles veranstaltet) bedeckte das Kind mit einem Stück Leinwand, legte ihm die Händchen mit ihrer dicken, geschlickten Hand zurecht und schüttelte so mit dem Kopfe, zog so die Lippen auseinander, kniff so gefühlvoll die Augen zusammen und seufzte so tief, daß jedermann sehen konnte, was sie für ein gutes Herz hatte. Aber die gnädige Frau sah das nicht und konnte überhaupt nichts sehen. Sie schluchzte, bekam einen nervösen Anfall, und man mußte sie unter die Arme fassen und auf den Flur und in derselben Weise nach Hause führen. „Viel haben wir an ihr nicht zu sehen bekommen“, dachten

Fort mit der Todesstrafe! Zu Kahls neuester Stellungnahme.

Die Ausübung der Justiz liegt heute in den Händen einer Herrenklasse, die mit Hilfe auch der Justiz ihre Klassenherrschaft verteidigt. Andererseits sind diejenigen, gegen die sich die Justiz richtet, weitgehend gerade durch ihre Klassenlage zu Rechtsverletzern geworden. Das ist ein Zustand, der aller Gerechtigkeit ins Gesicht schlägt. Solange wir noch gezwungen sind, in ihm zu leben, sollten Sozialisten dafür arbeiten, daß die Justiz wenigstens nur solche Strafen in der Hand hat, bei denen der zugefügte Schaden einigermaßen wiedergutmacht werden kann. Denn die Umstände, unter denen heute die Rechtsprechung sich vollzieht, sind nicht nur weit davon entfernt, eine gewissenhafte Rechtsprechung zu garantieren, sondern sie führen Fehlurteile herbei, die nicht auf bloßen Irrtümern beruhen. Deswegen fordern wir für die heutigen Strafen die Möglichkeit der nachträglichen Wiedergutmacht. Die Todesstrafe erfüllt diese Bedingung nicht; deswegen fordern wir heute ihre Abschaffung.

Diese Begründung für die Ablehnung der Todesstrafe ist aus den Voraussetzungen abgeleitet, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung liefert. Daraus ergibt sich, daß diese Begründung nicht ohne weiteres übertragen werden kann auf eine sozialistische Gesellschaft, d. h. eine Gesellschaft, in der die gesellschaftliche Ausbeutung von Staats wegen unterdrückt wird, oder auf die Periode des Aufbaus einer solchen Gesellschaft. Ich will zur Frage der Todesstrafe in diesen beiden Fällen hier nicht Stellung nehmen — sie sind nicht aktuell für uns. Nur das sei hier gesagt, daß man, um die Frage der Todesstrafe zu beantworten, jeweils die Umstände in Betracht ziehen muß, die die betreffende Gesellschaft kennzeichnen. Eine allgemeine Ablehnung oder eine allgemeine Forderung der Todesstrafe aus allgemeinen rechtlichen Gründen gibt es nicht.

Bis zu einem gewissen Grade ist die Frage der Todesstrafe sogar eine Zweckmäßigkeitsfrage. Wenn es sich z. B. als ratsam erweisen sollte, zur Ausschließung eines bestimmten Unrechts ein besonders scharfes Abschreckungsmittel anzuwenden, so ist keineswegs ohne weiteres klar, daß die Todesstrafe das geeignete Mittel ist. Ob sie das ist, hängt von dem Charakter, den Anschauungen, dem Bildungsgrad eines Volkes ab. Für viele Menschen ist die Todesstrafe keineswegs die schärfste Strafe, wie z. B. die Selbstmorde bankrotter Bankiers beweisen.

Kürzlich hat der älteste und angesehenste deutsche Strafrechtslehrer und -forscher, Professor KAHL, der Vorsitzende des Strafrechtsausschusses des Reichstages, zur Frage der Todesstrafe erneut in aufsehenerregender Weise Stellung genommen.

KAHL hat seit vielen Jahren die Ueberzeugung vertreten, daß sich juristisch stichhaltige Gründe für die Abschaffung der Todesstrafe in Deutschland nicht beibringen lassen. Trotzdem stellte er im Frühjahr 1929 den später von ihm erneuerten Antrag, die Todesstrafe durch lebenslangliches Zuchthaus zu ersetzen bei gleichzeitiger Einführung besonderer Sicherungen für den Fall der Begnadigung. Bei der Begründung dieses Antrages betonte KAHL, daß er seine persönliche Ueberzeugung nicht geändert hätte. Aber er habe sich immer vorbehalten, „wenn beachtliche Zeugnisse einer veränderten Volkseuberzeugung hinsichtlich der Beseitigung der Todesstrafe vorlägen“, als Gesetzgeber darauf Rücksicht zu nehmen. KAHL legte damals ausführlich dar, daß Anzeichen einer veränderten Stimmungslage vorlägen. Als nun kürzlich der Strafrechtsausschuß die Frage der Todesstrafe kurz strelfte, trug KAHL zum zweiten Male einer Veränderung der Stimmungslage Rechnung. Er erklärte, er werde seinen früheren Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe in der gegenwärtigen Situation nicht wieder aufnehmen. „Nicht etwa aus juristischen Bedenken. Wer heute die öffentliche Meinung beherrscht, wird in Kreisen, die in der

Beseitigung des Strafmittels an sich kein Unglück sehen, die schwersten Bedenken dagegen finden, gerade in diesem Augenblick ihre Abschaffung für alle Zukunft gesetzlich garantiert zu sehen. Die Gründe dieser Erscheinung sind offensichtlich. Die Tötungsdelikte an sich haben sich vermehrt... Diese Vorgänge haben die Stimmung der Gegenwart gegen Beseitigung des Strafmittels gesteigert. Darf der Gesetzgeber, oder empfiehlt es sich für ihn, völlig unbeachtlich daran vorbeizugehen? Für meine Person muß ich das verneinen.“

„Zur Sache“, fuhr dann KAHL fort, „habe ich stets mit aller Bestimmtheit das Problem der Todesstrafe als Grundsatzzfrage abgelehnt und als höchste Zweckmäßigkeitsfrage bezeichnet, die nach Zeitlage verschieden beantwortet werden kann oder muß. Die gegenwärtige Zeitlage ist nicht günstig, ihre Abschaffung ins Auge zu fassen.“

Es ist richtig, daß „das Problem der Todesstrafe nach Zeitlage verschieden beantwortet werden muß“. Aber die für die Entscheidung maßgebenden Umstände der Zeitlage, nämlich der Klassencharakter der Gesellschaft, bestehen heute wie 1928. Sie haben sich sogar verschärft: die Gefahr einer faschistischen Herrschaft ist hinzugekommen. Wenn die NS zur Herrschaft kämen, würden sie, die in ihrer Feigheit die Legalität für ihre Brutalitäten suchen, unter dem Schutz der Gesetze in ungeheurer verstärktem Maße die Morde an Arbeitern fortsetzen können, die heute noch den Geruch der Illegalität haben. Die Gefahr willkürlicher Handhabung gerade der Todesstrafe, die Gefahr also, die uns heute zur Ablehnung dieser Strafe bestimmt, besteht demnach in größerem Maße als noch vor einigen Jahren.

Unter diesen Umständen zeigt sich der angesehenste deutsche Strafrechtslehrer nicht auf der Höhe seiner Aufgabe, wenn er denen, die ausgesprochenermaßen die Todesstrafe zur Ausrottung „marxistischer Funktionäre“ benutzen wollen, für die Rechtfertigung der Beibehaltung der Todesstrafe seine Autorität leiht.

Schlimm ist auch die Rolle, die die „öffentliche Meinung“, die „Stimmung der Gegenwart“, in KAHL'S Ausführungen spielt.

Zunächst: wer ist die öffentliche Meinung? Die meisten Deutschen, die deutschen Proletarier und ihre Bundesgenossen, verlangen jedenfalls die Beseitigung der Todesstrafe. Ist ihre Stimme dem „Hörcher“ KAHL entgangen? „Oder empfiehlt es sich für ihn, völlig unbeachtlich daran vorbeizugehen?“

Sehen wir aber einmal von der Unbestimmtheit der „öffentlichen Meinung“ ab, nehmen wir einmal an, sie ließe sich durch Behorchen eindeutig feststellen. Gewiß wäre solche Feststellung nicht ohne Interesse für die Entscheidung des Problems der Todesstrafe, könnte sie doch z. B. darüber Aufschluß geben, ob die Todesstrafe ein wirksames Abschreckungsmittel ist. Gegen einen derartigen Gebrauch der öffentlichen Meinung bei der Entscheidung über die Todesstrafe ist sicher nichts einzuwenden. Welchen Gebrauch macht aber KAHL von ihr? Seine Ausführungen erwecken mindestens den Eindruck, als wolle er unter Umständen seine Ueberzeugung, die er nicht der öffentlichen Meinung abgehört, sondern als Forscher durch Tatsachenstudien und Nachdenken gewonnen hat, als Gesetzgeber der öffentlichen Meinung unterordnen. Das ist eine Kapitulation, die die Gesetzgebung schließlich den Mächten ausliefert, die mit größter Kunst die öffentliche Meinung verführen oder terrorisieren. Ganz besonders bei einem Gesetzgeber, der gleichzeitig Rechtsforscher ist und also mit aller Kraft der wissenschaftlichen Gründe die gesetzgeberische Entscheidung im rechtlichen Sinne beeinflussen sollte, ist solche Kapitulation einfach unverantwortlich. III.

viele und begannen auseinanderzugehen. Akulina lachte immer noch und redete Unsinn. Man brachte sie in ein anderes Zimmer, ließ ihr zur Ader, legte ihr mehrere Senfpflaster auf und machte ihr Eisumschläge auf den Kopf; aber sie blieb in gleicher Weise verständnislos und weinte nicht, sondern lachte; und sie redete und tat dabei solche Dinge, daß die gutherzigen Menschen, die sie pflegten, sich nicht halten konnten und ebenfalls lachten.

Zwölftes Kapitel.

Das war kein vergnügter Festtag auf dem Gute von Pokrowskoje. Trotz des schönen Wetters gingen die Leute nicht spazieren; die Mädchen versammelten sich nicht, um Lieder zu singen; die jungen Fabrikarbeiter, die aus der Stadt gekommen waren, liebten weder die Harmonika noch die Balalaika erklingen und spielten keine Spiele mit den Mädchen. Alle saßen in ihren Wohnungen, und wenn sie miteinander redeten, so redeten sie leise, als wenn ein böser Geist zugegen wäre und sie hören könnte. Bei Tage ging das alles noch an; aber am Abend, als es dunkel wurde, fingen die Hunde an zu heulen, und zum Unglück erhob sich auch noch ein Wind und heulte in den Schornsteinen, und alle Insassen der Gesindewohnungen befiehl eine solche Furcht, daß jeder, der Kerzen in seinem Besitz hatte, sie vor dem Heiligenbilde anzündete; wer allein in seinem „Winkel“ war, ging zu den Nachbarn und bat, bei ihnen in Gesellschaft von mehr Menschen die Nacht zubringen zu dürfen; wer aber hinausgehen mußte in den Viehstall, der tat das nicht und hatte kein Mitleid mit dem Vieh, das er diese Nacht ohne Futter ließ. Und das geweihte Wasser, das ein jeder in einem Arzneifläschchen aufbewahrte, wurde in dieser Nacht ganz und gar aufgebraucht. Viele hörten sogar, wie in dieser Nacht jemand immer mit schweren Schritten auf dem Dachboden umherging, und der Schmied sah, wie eine geflügelte Schlange geradeswegs auf den Dachboden flog. In Polikei „Winkel“ war niemand; die Kinder und die Irrsinnigen waren in andere Wohnungen umquartiert worden. Dort lag nur das tote kleine Kind, und es saßen da zwei alte Frauen und eine Pilgerin, welche letztere mit gewohnter Inbrunst laut den Psalter las, nicht um des kleinen Kindes willen, sondern so im allgemeinen wegen dieses ganzen Unglücks. So hatte es die gnädige Frau gewünscht. Diese alten Frauen und die Pilgerin hörten mit eigenen Ohren, wie jedesmal, wenn die Vorlesung

eines neuen Abschnittes begann, da oben ein Balken knisterte und jemand stöhnte. Wenn sie dann die Gebetsworte sprachen: „Christus möge auferstehen!“ dann wurde es wieder still. Die Tischlerfrau hatte ihre Gevatterin zu sich geladen und trank mit ihr in dieser Nacht ohne zu schlafen den ganzen Tee aus, mit dem sie eine ganze Woche hatte ausreichen wollen. Auch diese beiden Frauen hörten, wie da oben die Balken knisterten, und als ob Säcke von oben herabfielen. Die wachhaltenden Bauern machten den Gutsleuten noch einigermaßen Mut; sonst wären die letzteren in dieser Nacht vor Angst gestorben. Die Bauern lagen im Flur auf Heu und versicherten später, sie hätten ebenfalls wunderbare Dinge auf dem Dachboden gehört, obgleich sie während dieser Nacht selbst sehr ruhig miteinander über die Rekrutierung geredet, ihr Brot gekaut, sich gekratzt und namentlich den Flur dermaßen mit einem besonderen Bauerngeruche erfüllt hatten, daß die Tischlerfrau, als sie an ihnen vorbeiging, ausspuckte und sie „Bauernpack“ schimpfte. Wie dem nun auch sein mochte, jedenfalls hing der Selbstmörder immer noch auf dem Boden, und es schien, als ob in dieser Nacht der böse Geist in eigener Person das Gesindehaus mit seinen gewaltigen Flügeln beschatte, seine Macht zeige und diesen Leuten näher trete als sonst jemals. Wenigstens hatten sie alle diese Empfindung. Ich weiß nicht, ob das richtig war. Ich glaube sogar, es war ganz unrichtig. Ich glaube, wenn ein beherzter Mann in dieser furchtbaren Nacht eine Kerze oder Laterne genommen, sich bekreuzt oder auch nicht bekreuzt hätte, auf den Boden gestiegen wäre, langsam vor sich her mit dem Lichte der Kerze die Schrecken der Nacht zerstreut, die Balken, den Sand, den mit Spinnweben bedeckten Querschornstein und die vergessene Pelerine der Tischlerfrau beleuchtet hätte und so bis zu Polikei vorgedrungen wäre, und wenn er, ohne sich von dem Gefühle der Angst überwältigen zu lassen, die Laterne bis zur Höhe des Gesichtes emporgehoben hätte, dann würde er den wohlbekannten, hageren Körper mit den auf der Erde stehenden Füßen (der Strick hatte sich langgezogen) gesehen haben, wie er sich leblos zur Seite neigte, und den aufgeknöpften Hemdkragen, unter dem kein Taufkreuz sichtbar war, und den auf die Brust gesunkenen Kopf und das gutmütige Gesicht mit den offenstehenden, nichts mehr sehenden Augen und das sanfte, schuldbewußte Lächeln und die über alledem schwebende erulte Ruhe und Stille. (Fortsetzung folgt.)

Von irdischen zu astronomischen Zahlen.

Seit in der Reparations-Diskussion das Wort gefallen ist, Deutschland habe an Frankreich bereits mehr geleistet, als die Wiederaufbaukosten Frankreichs betragen, steigen die Angaben über die deutschen Reparationsleistungen — wie wir in Umkehrung der Uberschrift unserer Zusammenstellung über das Fallen der Reparationsforderungen (in Nr. 13 des „Funkens“) sagen können — von irdischen zu astronomischen Zahlen.

Bei den Schätzungen handelt es sich um die Zeit vor Inkrafttreten des Dawes-Plans, beziehungsweise vor der Ruhrbesetzung. Die Reparationskommission schätzte die deutschen Leistungen auf 7,9 Milliarden Mark. Engländer und Amerikaner schätzten sie auf rund 25 Milliarden Mark, die deutsche Regierung selber auf 41,6 Milliarden Mark. Neuerdings macht eine Schätzung „von unterrichteter Seite“ durch die Presse die Runde, die jene Schätzungen auf 56,6 Milliarden Mark erhöht und die gesamte Reparationsleistung bis heute auf 67,7 Milliarden Mark beziffert.

Dabei sind zum Beispiel folgende Posten mitgezählt (die entsprechende Gutschrift der Reparationskommission geben wir jeweils in Klammern):

Kohlen und Koks	2 334	(959)	Millionen Mark
Abgelieferte Handelsschiffe	3 426	(756)	„
Privateigentum im Ausland	10 080	(13)	„

Bei diesen Posten mag die Bewertung der Reparationskommission zum Teil viel zu niedrig sein. Auch bei den nun folgenden Posten mag das zutreffen. Doch scheint die deutsche Rechnung beziehungsweise der deutsche Anspruch auf Anrechnung dieser Posten sehr merkwürdig:

Nichtmilitärischer Rücklaß an West-, Ost-, Südost- und Südfront	5 041	(140)	Millionen Mark
Abgetretenes Reichs- und Staatseigentum	9 670	(2298)	„
Arbeiten deutscher Kriegsgefangener	1 200	(—)	„
Abgelieferte Kriegsflotte	1 338	(—)	„
Militärische Ausrüstung einschließlich versenkter Flotte	8 500	(—)	„
Industrielle Ausrüstung	3 500	(—)	„

Die „unterrichtete Seite“, von der die Aufstellung stammt, aus der wir hier nur einige Kostproben gegeben haben, betont ausdrücklich:

„In der Aufstellung sind eine Reihe von Leistungen mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Bewertung nicht ausdrücklich aufgeführt worden. So fehlt die Angabe des wirtschaftlichen Wertes der abgetretenen Gebiete und der Kolonien. Ferner sind alle aus der willkürlichen Zerstückelung Deutschlands und der zwangsweisen Übertragungen der deutschen Vermögenssubstanz erwachsenen unerschätzbaren indirekten Schäden und Verluste nicht aufgeführt. Auch alle mittelbaren Leistungen, z. B. die Zinsen und Nutzungen, die den Empfängern aus den deutschen Leistungen erwachsen sind, sind unberücksichtigt geblieben. Endlich ist die Belastung des deutschen Kredites durch den Kapitalwert der Young-Anleihe und die Belastung aus dem Hoover-Jahr nicht angegeben.“

Wir fügen der Vollständigkeit halber hinzu: In der Aufstellung fehlt die Bewertung der deutschen Granaten, die während vier Jahren über die Schützengräben geschossen worden sind, fehlt die Bewertung der unehelichen Kinder deutscher Soldaten.

Solche Berechnungen und ihre Verbreitung dienen der Völkerverhetzung, nicht der Völkerverständigung!
H. H.

Kapitalanlagen in Frankreich.

Steigendes Mißtrauen — sinkende Aktienausgabe.

Kn. Paris, Ende Januar.

Durchschnittlich sind in Frankreich monatlich folgende Summen investiert worden (nach „Temps“ Nr. 25719, vom 25. Januar 1932):

	Investierungen			
	in Millionen Francs.			
	in-gesamt	in alten Gesellschaften	in neuen Gesellschaften	in neuen Aktien
1913	220	47	96	76
1926	400	193	160	48
1927	619	279	281	59
1928	844	457	298	89
1929	1266	614	567	85
1930	2118	313	1753	52
1931	1370	134	1196	41

Beim Vergleich dieser Zahlen darf natürlich nicht übersehen werden, daß die Zahlen seit 1926 einschließlich sich auf die Zeit nach der Inflation beziehen. 1926 wurde der Franc auf etwa ein Fünftel seines früheren Goldwertes stabilisiert. Zum Vergleich müßte man also die Zahlen von 1913 etwa mit 5 vervielfachen. Dann zeigt sich, daß die Gesamtsumme der Neuanlagen für 1931 nicht sehr von der für 1913 oder 1929 verschieden ist. Gegenüber diesen beiden Jahren ist aber 1931 eine bedeutende Verschiebung zu Gunsten der Obligationen (festverzinslichen Schuldverschreibungen) eingetreten, eine Verschiebung, die auch schon 1929 gegenüber 1913 erkennbar ist. Die Kapitalanlagen in Aktien, besonders in Aktien neuer Gesellschaften, sind ganz erheblich zurückgegangen. Die pro-

zentuale Verteilung der Kapitalanlagen auf festverzinsliche Schuldverschreibungen und Aktien zeigt die folgende Tabelle:

	1913	1929	1931
Schuldverschreibungen	41	45	87
Aktien alter Gesellschaften	21	19	10
Aktien neuer Gesellschaften	35	6	3
	100	100	100

Diese Bevorzugung festverzinslicher Anleihen zusammen mit der Tatsache, daß im Jahre 1931 auch die Kapitalanlagen insgesamt gegenüber 1930 erheblich abgenommen haben, ist ein Zeichen dafür, daß auch in Frankreich das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft abgenommen hat. Man legt insgesamt weniger Kapital an, obgleich man viel Kapital „repariert“ (aus England und Amerika nach Hause zurückgeholt) hat. Man hamstert also Geld. Man legt fast nichts mehr in neuen Gesellschaften an. Und was man anlegt, fällt größtenteils auf Schuldverschreibungen, denen man in unsicheren Zeiten mehr traut als Aktien.

Es darf aber nicht unerwähnt gelassen werden, daß im letzten Vierteljahr 1931 eine Veränderung in dem Sinne eingetreten ist, daß im Oktober, November und Dezember ein immer größerer Prozentsatz der Neuanlagen auf Aktien entfallen ist, und zwar auch auf Aktien neuer Gesellschaften. Während dieser Monate ist allerdings die Gesamtsumme der Kapitalanlagen immer weiter gefallen. Möglicherweise handelt es sich bei jener Veränderung also nur um eine Zufallschwankung, die nicht auf eine Zunahme des Vertrauens hindeutet.

Reichsbank zum Monatsende.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Wechsel, Schecks	Noten-umlauf	Giro- Guthaben	Gesamt- Geld- umlauf
31. 1. 1930	2297	397	25	2028	4653	357	6150
23. 1. 1931	2244	196	10	1656	3756	455	5221
31. 1. 1931	2244	199	86	1942	4383	267	5959
15. 1. 1932	966	155	23	3588	4382	384	6194
23. 1. 1932	956	151	7	3407	4198	371	5975
30. 1. 1932	948	145	33	3692	4407	394	6320

Wie üblich zum Monatsende ist der Bestand an Wechseln und Schecks im Ausweis zum 30. Januar wieder gestiegen; infolgedessen auch der Notenumlauf. Dies ist die regelmäßige Folge der Zahlungen, die am Monatsende für Löhne, Gehälter, Mieten, teilweise auch Rechnungen geleistet werden müssen; die Banken befriedigen die erhöhten Geldbedürfnisse ihrer Kunden durch Beanspruchung der Reichsbank.

Sie verkaufen der Reichsbank Wechsel (sie diskontieren diese Wechsel bei der Reichsbank). Sie reichen bei der Reichsbank Schecks ein, die ihre eigenen Kunden empfangen haben (für Zahlungen zum Monatsende) und die der Reichsbank zum Inkasso übergeben werden. Sie verkaufen der Reichsbank Reichsschatzwechsel. Reichsschatzwechsel sind ein besonders beliebtes Anlage-Mittel der Banken, da sie größtenteils jederzeit bei der Reichsbank „diskontierbar“ sind, ohne daß es wie bei privaten Wechseln der Erfüllung besonderer Bedingungen bedarf. Endlich beschaffen die Banken sich Geld durch Aufnahme von Darlehen gegen Wertpapiere. Diese Darlehen, die sogenannten Lombardforderungen der Reichsbank, sind in unserer Tabelle nicht enthalten; sie sind in der letzten Januar-Woche von 103 auf 155 Millionen Mark gestiegen.

Der Notenumlauf ist unter diesen Umständen um 209 Millionen Mark, der gesamte Geldumlauf um 345 Millionen Mark gestiegen. Es ist der Reichsbank also gelungen, erhebliche Mengen Scheidemünzen, für die eine Deckung nicht vorgeschrieben ist, in Verkehr zu bringen.

Der Gold- und Devisen-Bestand hat wiederum um rund 15 Millionen Mark abgenommen.

Deutschlands Zahlungsbilanz 1932.



Wie die Zahlungsbilanz Deutschlands im Jahre 1932 im einzelnen aussehen wird, weiß heute natürlich noch kein Mensch. Wohl aber kann man auf Grund der Kenntnis einiger Posten, die in der obestehenden Darstellung eingetragen sind, sagen, wie groß der deutsche Ausfuhrüberschuß mindestens sein muß, damit die fälligen Zahlungen für Verzinsung und Tilgung der Auslandsschulden geleistet werden können. Der Ausfuhrüberschuß des Jahres 1931 betrug bekanntlich rund 3 Milliarden Mark. Es liegt also durchaus im Bereich des Möglichen, daß Deutschland im Jahre 1932 — bei Ruhen der Reparationsverpflichtungen und Stillhalten der Gläubiger! — seinen laufenden Verpflichtungen nachkommt. Rpt.

Arbeitgeber für Starrheit der Tarifföhne!

Bekanntlich laufen die deutschen Arbeitgeber seit Monaten Sturm gegen die sogenannte Starrheit der Tarifföhne; sie verlangen eine größere Elastizität der Tarife. Was sie damit meinen, zeigt sich deutlich in folgendem Fall: Die Tarifföhne der Versicherungsangestellten sind durch die Notverordnung um 15 Prozent gesenkt worden. Die Angestellten haben darüber verhandelt, ob diese tariflich vorgeschriebene Kürzung nicht außer tariflich etwas gemildert werden könnte. Bei einigen Arbeitgebern zeigte sich Entgegenkommen. Sofort hat der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen den Arbeitgebern, die über tarifliche Gehälter zugestehen, Konventionalstrafen angedroht. — Wir werden uns merken, wann Arbeitgeber für Starrheit der Tarifföhne sind!

Getarnte Zollerhöhung.

Die österreichische Regierung will der einheimischen Braunkohle einen stärkeren Schutz angedeihen lassen, darf wegen Handelsvertragsbindungen den Zoll nicht erhöhen und verfügt einfach einen Gütertarifzuschlag von 0,15 Schilling (9 Pfennig) pro Doppelzentner importierter Braunkohle. Weil dieser Zuschlag zur Fracht ohne Rücksicht auf die Strecke erhoben wird, ist es völlig klar, daß es sich in Wahrheit um eine Zollerhöhung handelt. — Handelsvorträge sind wirklich bald nichts mehr als ein bloßer Fetzen Papier.

Bauern in Verzweiflung.

Wir entnehmen dem „Miesbacher Anzeiger“ vom 28. Januar den nachstehenden Beschluß der Generalversammlung des Allgäuer Bauernverbandes:

„Zur Sicherung und Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern und dadurch zur Sicherung der Volksernährung wird empfohlen, in erster Linie zu bezahlen:

1. die Dienstbotenlöhne; 2. die notwendigen Lebensmittel; 3. die landwirtschaftlichen Versicherungen; 4. die unbedingt notwendigen Betriebsmittel; 5. die fälligen Zinsen; 6. die Handwerkerrechnungen; 7. die Pachtschillinge.

Erst dann kann die Abtragung öffentlicher Lasten, wie Gemeinde-, Bezirks- und Kreisumlagen, erfolgen. Reicht das Bargeld hierfür nicht aus, so sind der Gemeinde, dem Bezirk und dem Kreis, damit sie ihren Fürsorgepflichten nachkommen können, Naturalien zu einem den Verhältnissen entsprechenden Preis zur Verfügung zu stellen, damit jeder vor Hunger geschützt werden kann.

Reich und Land gegenüber müssen wir notgedrungen unsere Zahlungsunfähigkeit erklären und müssen deshalb von den Regierungen eine Steuerbefreiung für die Landwirtschaft ab 1. Februar 1932 auf ein Jahr verlangen. Nur so kann vielleicht ein katastrophaler Nahrungsmittelmangel für unser Volk bereits im kommenden Herbst verhütet werden.“

Daß es den Bauern im allgemeinen nicht gut geht, weil es an Kaufkraft für ihre Produkte fehlt, wissen wir. Daß ihnen mit der bisherigen Agrarpolitik nicht geholfen werden kann, wissen wir; jene Bauern wissen das leider nicht.

Den Städtern mit Nahrungsmittelmangel zu drohen, ist übelste Demagogie. Sie wird nicht nur von rein agrarischer Seite betrieben, sondern zum Beispiel auch im „Berliner Börsen-Courier“, wo ein Leitartikel überschrieben war: „Brotkarten 1933?“ — Aus dem Ausland kann die deutsche Bevölkerung zur Zeit viel billiger landwirtschaftliche Erzeugnisse kaufen als aus dem Inland. Die Agrarländer wären zum Teil sehr froh, mehr landwirtschaftliche Produkte nach Deutschland im Austausch gegen Industrieprodukte ausführen zu können. Nicht vor Nahrungsmittelmangel brauchen wir Sorge zu haben, sondern davor, daß Millionen von Bauern ruiniert werden und dadurch der Binnenmarkt der Industrie noch mehr zusammenschrumpft. Dagegen anzugehen, ist Arbeiter- und Bauern-Politik. Rpt.

Die Unersättlichen.

In einer Entschließung des Bundesvorstandes des Reichs-Landbundes heißt es: „Auch die jüngsten Vorgänge auf dem engeren agrarpolitischen Gebiet lassen erkennen, daß die Reichsregierung nach wie vor die Land- und Forstwirtschaft und die ihr verwandten Betriebsarten opfert. . . . So trägt die Reichsregierung die volle Verantwortung für den Zusammenbruch der deutschen bäuerlichen Veredlungswirtschaft. Zusammenhängende Einzelmaßnahmen, wie z. B. die völlig unzureichende Butterzollerhöhung, bestätigen das Gesamtbild und das Gesamturteil. . . . Bezeichnend für die Einstellung der Reichsregierung zum deutschen Nährstand sind die soeben veröffentlichten Vorschriften über die Sicherung des Bezuges von Kunstdünger zur Frühjahrsbestellung. Diese Vorschriften sichern Düngererzeugern und Düngerehndlern die Preise für Erzeugung und Absatz. Sie büden das ganze Risiko der Volksernährung dem Landvolk auf.“

Bauern gegen Großgrundbesitz.

Auf einer am Sonntag veranstalteten Vertretertagung nahm der Mecklenburgische Bauernverein in Schwerin Stellung zur Osthilfefrage. In einer Entschließung wurde Protest erhoben gegen die Osthilfe in Mecklenburg, die aller Parität zwischen dem Groß-, Mittel- und Kleinbesitz dauernd ins Gesicht schlägt, die den Bauernstand ausschließt von der aktiven Mitarbeit und ihm selbst die Fähigkeit absprecht, seine eigenen Belange sachlich zu beurteilen. Auch das beabsichtigte Zurückgreifen auf die Rentenbankmittel zur Umschuldung wurde verurteilt, weil damit doch nur dem ohnehin nicht zu helfenden Großgrundbesitz Opfer gebracht würden.

Auch Bayern verhältnismäßig krisenfest.

Dem Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer München entnehmen wir folgenden Absatz, aus dem hervorgeht, daß Bayern, ähnlich Württemberg, infolge des Vorhandenseins einer großen Anzahl von industriellen Kleinbetrieben verhältnismäßig wenig von der Krise berührt wird: „Im Bezirk unserer Kammer, der im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgebieten die für Bayern überhaupt charakteristische Struktur einer verhältnismäßig großen Zahl von Einzelunternehmen kleineren oder mittleren Umfangs aufweist, zeigt sich, daß die Wirtschaft anscheinend doch gegenüber den Verheerungen der Krise über mehr Widerstandskraft verfügt, als dies in anderen Teilen des Reiches der Fall ist.“